



Berlin-Brief Nr. 338

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

16. Juni 2023



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

in den vergangenen Tagen und Wochen hat es eine breite gesellschaftliche Debatte

zum Gebäudeenergiegesetz und den darin vorgesehenen Regelungen gegeben. Dabei ist deutlich geworden: unser gemeinsames Ziel, bis 2045 klimaneutral zu leben, stellt uns vor große Herausforderungen. Denn jetzt geht es nicht mehr um die Formulierung allgemeiner Klimaschutzziele, jetzt wird es für sehr viele sehr konkret. Dabei zeichnet diese Koalition aus, dass wir die sozialen, ökologischen und ökonomischen Fragen zusammen denken. Für die SPD ist klar: niemand soll auf dem Weg zur Klimaneutralität zurückgelassen werden, jeder muss die Möglichkeit haben, auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen, ohne damit finanziell überfordert zu werden.

In den bisherigen parlamentarischen Gesprächen ist es uns gelungen, einen echten Paradigmenwechsel im Gebäudeenergiegesetz zu erzielen: Eine verpflichtende deutschlandweite kommunale Wärmeplanung wird zukünftig das zentrale Steuerungsinstrument für die Kommunen und eine wertvolle Orientierungshilfe für die Bürger*innen in der Wärmewende sein. Auch kleine Kommunen werden in die flächendeckende kommunale Wärmeplanung einbezogen. Denn niemand kennt die Situation vor Ort besser als unsere Kommunen. Deshalb ist es richtig, wenn sie jetzt die Möglichkeit erhalten, selbst zu entscheiden, wo sie welche Wärmeversorgung vorsehen. Auch hier gilt das Motto der Vereinten Nationen: Global denken, lokal handeln.

70. Jahrestag des Volksaufstands am 17. Juni 1953

Der Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 war bis zur friedlichen Revolution 1989 das bedeutendste Ereignis in der Oppositions- und Widerstandsgeschichte der DDR. Er ist Symbol des langjährigen Kampfes vieler DDR-Bürger:innen für Freiheit, Demokratie und gegen Diktatur. Wir erinnern heute am 70. Jahrestag an die mutigen Menschen, die dafür einstanden. Er ist für uns aber auch Anlass, uns weiter für die Aufarbeitung des SED-Regimes, das Erinnern und die Opferentschädigung einzusetzen. Auch dieser Jahrestag zeigt uns, wie wichtig es ist und bleibt, unsere demokratischen und freiheitlichen Werte zu verteidigen.

Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)

Das Grundrecht auf Asyl ist ein hohes Gut – das steht nicht nur in unserem Grundgesetz, sondern es ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch nicht verhandelbar. Menschen, die vor Verfolgung, Krieg und Terror fliehen

müssen, werden wir schützen. Deshalb beschäftigt uns auch die erzielte Einigung der EU-Innenminister:innen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). In den letzten Jahren hat sich leider zu deutlich gezeigt, dass die europäische Asylpolitik nicht mehr in der Lage ist, die aktuelle Situation zu bewältigen. Weder die Situation an den Außengrenzen, das Sterben im Mittelmeer oder die Weigerung einiger Mitgliedstaaten, ihren solidarischen Beitrag bei der Aufnahme der Geflüchteten zu leisten, sind noch länger ertragbar.

Deshalb ist es ein wichtiger Erfolg, dass nach jahrelangen Blockaden ein EU-weiter Kompromiss erzielt werden konnte – denn Migration muss in Europa besser und effektiver geordnet und gesteuert werden. An dem Recht auf Asyl wird dabei nicht gerüttelt. Mit dem gefundenen Kompromiss werden offene Binnengrenzen und ein menschenrechtsbasiertes Asylsystem sichergestellt, mit Instrumenten, die Ordnung und Fairness in den Verfahren herstellen. So schützen wir auch diejenigen besser, die wirklich des Schutzes bedürfen. Es ist verständlich, dass es viel Diskussionsbedarf zu den erzielten Ergebnissen gibt – es ist aber auch nicht überraschend, dass bei 27 EU-Mitgliedstaaten nicht alle unsere Vorstellungen durchgesetzt werden konnten. Bundesinnenministerin Nancy Faeser konnte aber einen uns wichtigen Punkt durchsetzen: unbegleitete Kinder und Jugendliche können direkt in die EU einreisen und kommen nicht in die Grenzverfahren.

Wir werden nun die weiteren Verhandlungen im EU-Parlament unterstützen, damit das auch für die Kinder und Jugendlichen gilt, die in Begleitung ihrer Eltern sind.

Nordmazedonien auf dem Weg in die EU unterstützen

2023 ist ein entscheidendes Jahr für die europäische Zukunft Nordmazedoniens. Seit 2005 ist das im September 1991 unabhängig gewordene Land offizieller EU-Beitrittskandidat. Nordmazedonien ist in den letzten beiden Jahrzehnten durch verschiedene Phasen gegangen, in denen teilweise die klare Orientierung auf eine Annäherung an die EU und ihre Werte verloren zu gehen drohte. In den letzten Jahren kehrte das Land zu einem realistischen und ambitionierten euro-atlantischen Kurs und Reformprozess zurück.

Gegenwärtig ist der tatsächliche Verhandlungsbeginn auf Betreiben Bulgariens mit der Bedingung verknüpft, dass die bulgarische Bevölkerungsgruppe Aufnahme in die Verfassung Nordmazedoniens findet.

Die Ampelfraktionen unterstützen dieses Anliegen mit einem Antrag, der in dieser Woche im Plenum verabschiedet wird und zu dem ich im Plenum ausführlich reden durfte. Meine Rede dazu findet ihr im Anhang.

Ihr/Euer



Termine

- 17.
Juni** **Schwaigerner Klimatag, 13:00 – 14:30 Uhr**
*Mensa der Leintal-Schule und in der Horst-Haug-Halle, Falltorstraße 22,
74193 Schwaigern*
- 17.
Juni** **Böckinger Seeräuberfest, 15:00 – 16:30 Uhr**
Bürgerhaus Böckingen, Kirchsteige 5, 74080 Heilbronn
- 17.
Juni** **Festakt 70 Jahre THW Heilbronn, 18:30 – 20:30 Uhr**
HW Unterkunft Heilbronn, Austraße 91, 74076 Heilbronn
- 19.–
23.
Juni** **Sitzungswoche im Deutschen Bundestag**
Berlin
-

Bild der Woche



Bei bester Stimmung ließ es auch sich unser Bundeskanzler Olaf Scholz nicht nehmen, auf der Spargelfahrt des Seeheimer Kreises am Dienstagabend für einige Minuten kurz vorbeizuschauen.



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

[Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? Hier abmelden.](#)